

Isolation oder Reintegration?

Die Welt des Sports ist über die Frage der Rückkehr russischer und belarussischer Athleten gespalten wie lange nicht mehr

Von Andreas Müller



Die Entscheidung des IOC war mit Spannung erwartet worden. In Zukunft wird bei internationalen Wettkämpfen auf dem Trikot wohl keine Nationalbezeichnung mehr stehen (der russische Turner Dawid Beljowski, 10.3.2023)

Sollen russische und belarussische Athleten auf die internationale Sportbühne zurückkehren dürfen? Das Spektrum der Meinungen von selbsternannten und wirklichen Experten, im Sinne des autonomen Sports befugten und eher nicht befugten Personen reicht angesichts der menschlichen Tragödien und des Leids in der Ukraine von »unmöglich«, »ausgeschlossen« und »keinesfalls« bis hin zur genau entgegengesetzten Position: Athleten hätten gar nicht erst gesperrt – soll heißen: derart diskriminiert – werden dürfen. Die Welt des Sports ist angesichts dieser komplexen, heiklen und vor allem sehr praktischen Frage zerrissen und uneins wie seit 40 Jahren nicht mehr. Nach den Erfahrungen der »Boykottspiele« 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Charta überarbeitet und die Regel 27/28 wie folgt formuliert: »Die alleinige Zuständigkeit, ihre Länder bei Olympischen Spielen zu vertreten, haben die NOKs.« Jedes einzelne Nationale Olympische Komitee sei verpflichtet, »an den Spielen der Olympiade durch die Entsendung von Athleten teilzunehmen«. NOKs, die dieser Regel aus politischen Gründen zuwiderhandeln, sind zu suspendieren. Vorexerziert wurde das am nordkoreanischen NOK, als es sich weigerte, an den Sommerspielen 2021 in Tokio teilzunehmen.

Internationale Drohkulisse

Konsequent zu Ende gedacht und angewandt, müssten dieser Tage Befürchtungen groß und größer werden, dass sich mit Blick auf die nächsten Sommerspiele vom 26. Juli bis 11. August 2024 in Paris NOKs prominenter Sportnationen gleich reihenweise derselben Bestrafung aussetzen –

jedenfalls dann, wenn sie der Position ihrer jeweiligen Regierungen folgen und die vom IOC postulierte »Reintegration« russischer und belarussischer Athleten ablehnen. Darunter sind so große Sportnationen wie Australien, Japan, die USA, Kanada, Großbritannien und Frankreich. Nach einer Debatte im Europäischen Parlament hatten sich am 21. Februar die Regierungen von insgesamt 35 Ländern – darunter 25 EU-Mitgliedstaaten – gemeinsam gegen das Comeback ausgesprochen und entsprechende Pläne verurteilt. Kurz darauf insistierte die britische Sportministerin Lucy Frazer schriftlich bei großen Sponsoren des IOC, sich diesem Votum anzuschließen.

Vorausgegangen war dieser Attacke auf die Souveränität des Sports eine von London aus koordinierte Videokonferenz am 10. Februar, wobei es sich um ein virtuelles Meeting von Regierungsvertretern eben jener 35 Länder handelte. Eines Personenkreises also, der gar nicht legitimiert ist, im Namen der jeweils unabhängigen, autonomen NOKs zu sprechen und über die Modalitäten der Teilnahme an internationalen Sportwettkämpfen zu entscheiden. Das strategische Ziel dieser Drohkulisse hatte der zugeschaltete ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij so skizziert: Sein Land wolle eine internationale Kampagne starten, um die Teilnahme von russischen und belarussischen Athletinnen und Athleten bei den bevorstehenden Olympischen Sommerspielen in Paris zu blockieren.

Die Ukraine wolle »die totale Isolierung der Russen«, präzisierte IOC-Präsident Thomas Bach bei seiner Rede zum Thema »Olympia im Spannungsfeld von Sport und Politik« am 22. März in Essen und merkte dort an: »Das ist für uns ein Dilemma und eine vollkommen neue Situation. Denn bisher hat keine Regierung und kein Athlet aus Konfliktländern eine totale Isolierung gefordert oder mit Boykott gedroht. Wenn wir einen Ausschluss nach politischen Gesichtspunkten vornehmen, stehen wir vor einem Verfall des internationalen Sportsystems.«

Das IOC hat Bach zufolge im Spannungsfeld zwischen Sport und Politik aktuell weltweit mit rund 70 bewaffneten Konflikten und Auseinandersetzungen zu tun. Das IOC werde im Angesicht von Krieg, Tod, Zerrüttung, Zerstörung und Leid von seinen Mitgliedern und dem organisierten Sport rund um den Globus immer wieder gefragt: »Was habt ihr getan, als wir überfallen wurden?« Das IOC werde von außen gedrängt, bei diesem hochkomplexen, sensiblen, mit vielen Emotionen aufgeladenen Thema, dem rationale, kühl und berechnend erscheinende Erwägungen gegenüberstehen, »keine Doppelstandards« zu setzen. Soll übersetzt heißen: Bei bewaffneten Auseinandersetzungen, wo auch immer sie stattfinden, sollten allgemein gültige Maßstäbe angewandt werden. Es gelte, kriegerische Konflikte aus einer höheren Warte zu betrachten.

Vor diesem Hintergrund würden laut Bach NOKs insbesondere aus Afrika und Asien, doch ebenso vom amerikanischen Kontinent, aus Ozeanien und »Teilen von Europa« den Weg der »Reintegration« russischer und belarussischer Athleten unterstützen. Das IOC hat aus dem Prozess sogenannter Konsultationen in den vergangenen vier Monaten den Auftrag abgeleitet, »verantwortbare Entscheidungen« in Richtung Reintegration zu finden. Dafür gebe es eine Majorität der 206 NOKs unter dem Dach des IOC. Wobei der 69jährige klarmachte: Zunächst gehe es bei diesen Bemühungen nicht vordergründig um Olympische Spiele, sondern um internationale Wettkämpfe aller Art, von Weltcups bis zu kontinentalen Championaten und Weltmeisterschaften – was selbstverständlich die anstehenden Qualifikationswettkämpfe für Paris 2024 einschließt.

»Individuelle neutrale Athleten«

Unter welchen konkreten Voraussetzungen russische und belarussische Athleten ins Wettkampfgeschehen zurückkehren dürfen, legte das Executive Board des IOC am 28. März fest.

Betont wurde, dass es sich ausschließlich um »individuelle neutrale Athleten« mit einem russischen beziehungsweise belarussischen Pass handelt, die als Einzelpersonen ohne Flagge, Hymne und andere Symbolik startberechtigt sein sollen – sofern sie nachweislich den Krieg nicht aktiv unterstützen und sämtliche Bestimmungen des weltweiten Antidopingcodes einhalten. Für Mannschaften ist ein Comeback tabu. Als weitere und vermutlich höchste und am schwierigsten zu kontrollierende Hürde wurde festgeschrieben, dass diese Personen keinerlei vertragliche Beziehungen beziehungsweise Bindungen mit dem Militär oder militärischen Organisationen in ihren Ländern unterhalten dürfen. Ob sämtliche Kriterien eingehalten werden, sollen die jeweiligen Fachverbände im Rahmen eines »Monitorings« überprüfen und bei Verstößen reagieren. Heißt: die betreffenden Aktiven im Zweifelsfall von Wettkämpfen ausschließen.

Zugleich bekräftigte die IOC-Exekutive in säuberlicher Unterscheidung zwischen Einzelpersonen und den Staaten Russland und Belarus sowie deren Regierungen, »die allein für diesen Krieg verantwortlich sind und bereits in beispielloser Weise sanktioniert« wurden, die bestehenden Empfehlungen. Die Weltverbände sind weiterhin gehalten, keine internationalen Sportveranstaltungen in Russland und Belarus zu organisieren; es sollen bei internationalen Sportveranstaltungen keine Flaggen, Hymnen oder andere nationale Symbole dieser Staaten gezeigt oder gespielt werden; und es sollen keine Regierungs- oder Staatsbeamten dieser Staaten zu internationalen Sportveranstaltungen akkreditiert oder eingeladen werden.

Mit diesen aktualisierten »Leitplanken« und »Eckpunkten« für die internationalen Verbände sind die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Rückkehr russischer und belarussischer Athleten in den weltweiten Sportbetrieb fixiert – bis hin zur Möglichkeit einer Teilnahme an den nächsten Olympischen Spielen, sollten sich die Athleten sportlich qualifizieren.

Die Reaktionen in den verschiedenen Sportarten dürften kaum einheitlich ausfallen. Der Weltverband der Fechter zum Beispiel hatte schon am 10. März mit deutlicher Mehrheit beschlossen, die Tür für russische und belarussische Aktive zu öffnen – wogegen 300 aktuelle und ehemalige Aktive in einem »Offenen Brief« protestierten. Der internationale Leichtathletikverband entschied indes in diesem Monat: Die Tür bleibt für Russen und Belarussen fest verschlossen!

Infolge ihrer »Einzelverantwortung« wäre nun je nach Sportart ein »Mal-so-mal-so-Kurs« die logische Konsequenz. Hier Wettbewerbe mit russischer und belarussischer Beteiligung, dort ohne. Ein »Flickenteppich« als Novum in der Geschichte des weltweiten Sports, der mit der Invasion Russlands in der Ukraine – von den beiden Weltkriegen abgesehen – in einer bisher nicht gekannten Qualität in einen Krieg hineingeraten ist. Selbst nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan 1979 fanden im Jahr darauf die Olympischen Sommerspiele in Moskau statt, wenngleich sie von einigen Ländern – darunter die Bundesrepublik – boykottiert wurden. Im Vorfeld der Sommerspiele von 2004 in Athen hat niemand ernsthaft über den Ausschluss des US-Teams diskutiert, obwohl die Vereinigten Staaten im Jahr zuvor den Irak-Krieg vom Zaun brachen und das Land besetzt hielten.

19 Jahre später ist die Gesamtsituation im Welsport derart angespannt, dass der ansonsten ausgesprochen diplomatische IOC-Chef Thomas Bach am Rande der alpinen Skiweltmeisterschaften im Februar im französischen Courchevel ungewöhnlich deutliche Worte fand. Seine Organisation verbitte sich jedwede politische Einmischung von außen. »Es steht den Regierungen nicht zu, zu entscheiden, wer an welchen Sportwettbewerben teilnehmen darf. Das wäre das Ende der internationalen Sportwettbewerbe, der Weltmeisterschaften und der Olympischen

Spiele, wie wir sie kennen.« Wegen der Tragweite des Konflikts, der die olympische Architektur bis hin zu den internationalen Geldflüssen im organisierten Sport berührt, nutzt der »Herr der Ringe« das größtmögliche Objektiv. Letztendlich werde die Geschichte zeigen, wer mehr für den Frieden tue: »Diejenigen, die versuchen, Grenzen offenzuhalten und zu kommunizieren. Oder diejenigen, die isolieren und spalten wollen.«

»Keine Schiedsrichter«

Vor allem verbindet der Franke, der nach langjähriger Mitgliedschaft gerade die FDP verlassen hat, das Rückkehrerthema mit der Kardinalfrage nach der Autonomie des Sports. Dieses Grundprinzip dürfe nicht angetastet werden. Niemand sonst dürfe die Regeln in diesem Geschäftsbereich bestimmen – der für das IOC ein äußerst lukrativer ist und dank monetärer Rückflüsse den teils äußerst bedürftigen NOKs ebenfalls zugutekommt. Der Sport dürfe sich laut Bach nicht »zu einem bloßen Instrument der Politik« degradieren lassen, indem er anderen die Entscheidungen darüber überlasse, wer an sportlichen Wettkämpfen teilnehmen dürfe. »Dann ist es unmöglich für den Sport, seine verbindende Werte zu vermitteln. Die Werte des Sports können wir nur entfalten, wenn die Politik diese Werte respektiert.« In Reden würden Politiker diese Autonomie preisen, diesen Worten und Erklärungen aber nicht immer Taten folgen lassen. »Dies zeigt auch die Diskussion in einigen europäischen Ländern. Inklusive – um nicht zu sagen: insbesondere – in Deutschland.«

Wie zur Bestätigung reagierten die für den Sport zuständige Bundesinnenministerin Nancy Faeser und eine Reihe von Sportpolitikern auf den jüngsten Entscheid der IOC-Exekutive mit harscher Kritik. »Es gibt keinerlei Grund für eine Rückkehr Russlands in den Weltsport«, erklärte die SPD-Politikerin. Faeser wiederholte damit wortgleich, was sie schon Ende Januar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* geäußert hatte: »Die Bestrebung des IOC zur Wiederaufnahme der russischen und belarussischen Athletinnen und Athleten ist der falsche Weg.«

Ein »falsches Signal« ist die Strategie des IOC auch aus Sicht des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), wie sofort nach der Pressekonferenz des Executive Boards getwittert wurde: »Der DOSB war und ist weiterhin gegen die Wiedezulassung«, so der Dachverband. »Aber wir akzeptieren, dass wir mit dieser Haltung einer Minderheit im internationalen Sport angehören.«

Wie würde wohl umgekehrt die Bundesregierung reagieren, wenn etwa der Deutsche Schützenbund sich anmaße, über die Ausfuhr von Rüstungsgütern »Made in Germany« mitzureden oder gar das letzte Wort zu beanspruchen? Wie wäre das Außenministerium pikiert, würde sich der organisierte Sport dazu hinreißen lassen, dessen Belange zu kommentieren? Die klare Trennung der Kompetenzen zwischen Politik und Sport stellt für den IOC-Chef die Zauberformel dar, um das weltweite Sportgeschehen krisenfest zu gestalten. Der internationale Sportbetrieb könne nur funktionieren, wenn die Autorität der Politik anerkannt und gleichzeitig die Autonomie des Sports respektiert werde, wenn der Sport mit politischen Erwartungen nicht überfrachtet und wenn definiert werde, wo die Verantwortung der einen Seite endet und jene der anderen beginnt. »Wir sind keine Schiedsrichter über politische Entscheidungen, in politischen Kämpfen«, sagte Bach in Essen. »Wir fühlen und leiden mit den Menschen in der Ukraine. Auf der anderen Seite haben wir unsere Verpflichtungen.«

Gemeint ist damit die eigene Charta und daneben ein »Arbeitsauftrag« seitens der UNO. Der Staatenbund hat den russischen Angriffskrieg zwar bereits zweimal mehrheitlich verurteilt, was die UNO aber nicht hinderte, das Comeback russischer und belarussischer Athleten nach Anhörung von zwei Sonderberichterstatterinnen ausdrücklich zu befürworten. Für die Olympier war das eine

Steilvorlage, wieder auf ihr Grundprinzip der politischen Neutralität umzustellen, das nach Meinung des Wirtschaftsjuristen Viktor Winkler mit der Empfehlung des Ausschlusses russischer und belarussischer Athleten im vergangenen Jahr klar verletzt wurde. Damit habe das IOC für jeden sichtbar gegen sein eigenes Neutralitätsprinzip verstoßen, so Winkler Anfang Februar im *Deutschlandfunk*.

Denn im Unterschied zu Sanktionen, die nur von souveränen Staaten verhängt werden dürften, handele es sich beim Ausschluss der Athleten vom Sportbetrieb um reine Diskriminierungen, legte der Anwalt dar. Solche Diskriminierungen seien »immer rechtswidrig«, ganz egal, ob die »Guten« oder die »Bösen« diskriminiert würden. »Es handelt sich bei den Ausschlüssen aufgrund der Nationalität sämtlich und ausschließlich um klare und schwerwiegende Rechtsbrüche«, erklärte der Experte, der unter anderem den Deutschen Bundestag bezüglich des Sanktionsdurchsetzungsgesetzes berät. Die Diskriminierung von Athletinnen und Athleten aufgrund ihrer Ethnie oder aufgrund ihrer Nationalität verstoße sowohl gegen die Olympische Charta als auch gegen sämtliche Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen. Er habe sich gewundert, dass in dieser Frage Juristen und Menschenrechtsorganisationen »bisher besorgniserregend still geblieben« seien.

Die konsequente Botschaft des IOC könne Viktor Winkler zufolge nur lauten: Ab sofort müsse jeder Anschein einer Diskriminierung von Athleten vermieden werden. Genau in diese Richtung hat sich die IOC-Exekutive bereits Ende Januar bewegt und diese Auffassung nun bestätigt. Die Tücken dabei liegen in den praktischen Details der Umsetzung. Wie soll sich das Dopingkontrollsystem für die potentiellen Rückkehrer gestalten? Wo könnten sich Schlupflöcher auftun? Inwieweit können die zumeist staatlich geförderten russischen Akteure tatsächlich »neutral« sein? Wie ist zu kontrollieren, ob ihre Sportförderung rein zivil und frei von militärischen Bezügen ist? Wie werden sie sich verhalten und von den Athleten aus anderen Ländern aufgenommen? Die Interessenvereinigung »Athleten Deutschland« hat zu alledem einen Katalog mit über einem Dutzend sehr praktischer Fragen – oder besser: detaillierter Einwände – vorgelegt. Mancher prophezeit für »Paris 2024« gar schon Handgreiflichkeiten im Olympischen Dorf.

Thomas Konietzko, seit November 2021 Präsident des Internationalen Kanuverbandes (ICF), sieht das »prorussische« Votum des IOC keineswegs auf tönernen Füßen. Eine übergroße Mehrheit der internationalen Fachverbände habe für die Aufhebung der Suspendierung russischer und belarussischer Athletinnen und Athleten plädiert, erklärte Konietzko letzten Monat im *Deutschlandfunk*. In seiner eigenen Sportart sei ebenfalls eine Mehrheit der nationalen Verbände für eine Aufhebung der Startverbote. »Und auch bei den Athleten, mit denen ich gesprochen habe, gibt es wenige, auch aus Europa, die für eine Fortsetzung der Sanktionen sind.«

Unterstützung der Ukraine

Parallel zur Reintegration von Russen und Belarussen ist das IOC in einer Art »Doppelstrategie« bemüht, den ukrainischen Sport und seine Athleten auf dem Weg zu den Sommerspielen 2024 und den Winterspielen 2026 zu unterstützen. Ein Hilfsfonds sei aufgelegt worden, aktuell in einer Größenordnung von 7,5 Millionen US-Dollar. Bereits rund 3.000 ukrainische Athleten und Betreuer hätten davon profitiert. Bach: »Wir wollen eine starke ukrainische Mannschaft in Paris und in Mailand/Cortina d'Ampezzo sehen.«

Einen möglichen Mittelweg brachte bei der erwähnten virtuellen Konferenz im Februar der polnische Minister für Tourismus und Sport, Kamil Bortniczuk, ins Spiel, indem er mit Blick auf

»Paris 2024« vorschlug: »Es könnte ein Kompromiss für das IOC sein, ein Flüchtlingsteam zu bilden.« Das soll kein neutrales Team sein, »sondern ein Flüchtlingsteam, in dem Menschen russischer oder belarussischer Nationalität, die Dissidenten gegen die Regime von Putin beziehungsweise Lukaschenko sind, gemeinsam teilnehmen«.

Der grundsätzlichen Ablehnung des Rückkehrerszenarios im BMI hat sich der DOSB mit seinem Präsidenten Thomas Weikert im Einvernehmen mit den Landessportbünden (LSB) nach wochenlangem Disput angeschlossen. Die Entscheidung stützt sich im wesentlichen auf ein Gutachten von Patricia Wiater, die an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg den Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Menschenrechte innehat. Russland und Belarus dürften »keine Gelegenheit bekommen, die Teilnahme und Erfolge ihrer Athleten bei internationalen Wettkämpfen zu kriegspropagandistischen Zwecken zu missbrauchen«, ließ das DOSB-Präsidium nach einer Sitzung am 17. März in Hannover wissen.

Obwohl sich das IOC von anderen Erwägungen als dem vom DOSB favorisierten Gutachten leiten lässt, scheint zumindest ein deutscher Boykott der Paris-Spiele 2024 ausgeschlossen. Unabhängig von der Entscheidung des IOC und der internationalen Sportfachverbände »lehnen wir einen Boykott von internationalen Wettkämpfen, insbesondere der Olympischen und Paralympischen Spiele in Paris 2024, aus grundsätzlichen Erwägungen ab«, erklärte der Dachverband. »Leidtragende eines solch sportlichen Boykotts sind ausschließlich die Athletinnen und Athleten, die ihre möglicherweise einzige Chance zur Realisierung ihres olympischen Traums verpassen würden.« Sehr ähnlich heißt es aus dem Hause Faeser, es sei die Aufgabe der Politik, »den Olympiakandidaten ihren Lebenstraum nicht zu zerstören, sondern zu ermöglichen«.

Eine Lektion fürs Leben

Vor allem potentielle Olympioniken vom »Team D« werden ob dieser Ansage aufatmen. Niemand aus der aktuellen Athletengeneration möchte erleben, was vor 43 Jahren zum Beispiel Heiner Brand und seinen Handballkollegen widerfuhr. Im Jahr 1978 Weltmeister geworden, mussten sie zwei Jahre später bei den Olympischen Sommerspielen in Moskau zuschauen und ihren Traum von Gold vor dem TV-Bildschirm beerdigen. »Ein Boykott ist das Schlimmste, was man als Sportler erfahren kann«, berichtete der heute 70jährige später wiederholt.

Die »schwarze Stunde« vom 15. Mai 1980, als die Mitgliederversammlung des NOK der Bundesrepublik mit knapper Mehrheit für die Nichtteilnahme in Moskau stimmte, hat sich bis heute ins kollektive Gedächtnis des bundesdeutschen Spitzensports gebrannt. Thomas Bach, 1976 in Montreal Teamolympiasieger mit den Florettfechtern, legte sich 1980 als Aktivensprecher für eine Teilnahme ins Zeug – erfolglos. Das Ergebnis der Abstimmung im NOK nach starker Einflussnahme der Politik lautete: 59 zu 40 Stimmen für den Boykott. Dies sei für ihn eine Lektion gewesen, »fürs ganze Leben«.